

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 21.- M., vierteljährlich 63.- M., halbjährlich 117.- M., jährlich 210.- M. Bei Abnahme von 100 Exemplaren unter Umständen 25% Ermäßigung. Einzelnummer 1 M. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1 M.

Schreibleitung und Druckerei:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von **W. & R. Schmidt** in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ernst Lange
Koffer u. Taschenfabrik
König Johannstr. Pinnacher-Platz

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Belvedere Hotel u. Kaffee
Brühlsche Terrasse
4-7 Uhr. Konzert
6-12 Uhr. Kleinkunstbühne
Blesch
4-7 Uhr. Konzert
8-12 Uhr. Hörsaal-Konzertbühne
Weinrestaurant — Bar
Frühstücksstube

Armbanduhren Beste Werke
In Gold, Silber und Metall Moderne Formen

GUSTAV SMY DRESDEN
Moritzstr. 10 ErkeKönigJohStie

Größte Auswahl Billigste Preise
Taschenuhren Für guten Gang weitgehende Garantie

Röster über den neuen deutschen Staatsbegriff

Die Auffassung des Innenministers vom Beamtentum.

Berlin, 3. April. Im Reichstag stellte heute Reichsminister des Innern Dr. Brüning bei Erörterung des Staats für das Reichsamtverteilung des Innern fest, daß auch in diesem Etat Konzeptionsarbeiten enthalten sind. Der Etat schließt ab mit 2.900.000 M. Die Konzeptionsarbeiten betragen 1.900.000 M., so daß nur 1.000.000 M. für uns übrigbleiben. Aber selbst davon bleiben für unsere eigenen Kulturzwecke nur 120 Millionen. Ich bedauere auch, daß der Etat so ungeschorene Summen für Polizeizwecke enthält, aber so lange unter Volk unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, unsere Volksgemeinschaft so wenig konsolidiert ist, wird leider keine Reduktion auf diese Summen verwirklicht werden können. Sparsamkeit kann nicht allein in dem Abstreifen von Summen bestehen, sondern sie ist eine Frage organisieren Aufbaues des Staates. In mancher Beziehung ist die Zielsetzung der Regierung durch die Weimarer Verfassung geschwächt worden, namentlich dadurch, daß die enge Personalunion zwischen Preußen und Deutschland aufgegeben hat. Hat die Reichsregierung ihre Macht verloren, so müssen die Kritiker der Regierung sich vor Augen halten: eine der wichtigsten Aufgaben meines Ministeriums ist die rechtliche Überprüfungs- und Wiederherstellung des deutschen Volkes. Wir haben durch die Inflation nicht nur 800.000 Menschen verloren und durch die Nachkriegszeit noch 200.000, sondern die Krankeiten setzen noch immer in unserem Volke, und es werden Jahrzehnte dauern, bis wir sie aus dem Volkslager entfernt haben. Ich verheie deshalb den Bund nach einem Gesundheitsministerium. Aber selbst in das aus finanziellen Gründen nicht möglich, und auch deshalb nicht, weil die Gesundheitsfrage heute noch zwischen Reich und Ländern geteilt ist. Ich habe eine Denkschrift über die Vereinigung der verschiedenen, mit dieser Frage beauftragten Stellen verfaßt. Ich möchte auch aufmerk-sam auf

die ungeschorene Gefahr der Tendenzentwicklung durch die Einwanderung von Osten her.

Die Mittel zur Seuchenbekämpfung sind deshalb erhöht worden. Grenzkontrollen werden Spiel, Sport und Turnen von Jahr zu Jahr mehr betrieben. Namentlich müssen wir in dieser Beziehung auch die Selbsthilfe der Jugend stärken. Die Fortbildung, die in Deutschland immer enger mit dem Staate verbunden war, als anderswo, muß die notwendigen Mittel erhalten, weil sie finanziell nicht in der Lage war, zum Beispiel ausländische Mittel zu kaufen und die eigenen aufrechtzuerhalten. Wir prüfen, ob nicht heute einem wirtschaftlich und beruflich besonders bedrückten Stand, nämlich den der Journalisten, denen von Jahr zu Jahr eine immer größer werdende Abhängigkeit vom Kapital zu kommen droht, durch

ein Journalistengesetz geholfen werden kann. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage. Sie berührt den geistigen und moralischen

ihren Aufbau Deutschlands tief. Wir müssen den neuen Staat auch denen nahe bringen, die sich heute noch abseits von ihm halten. Der Staatsbegriff ist im Wandel. Die Aufgabe ist, einen neuen Staatsbegriff in Deutschland zu stabilisieren. Er wird auch heute noch während ins Wandel gebracht, nicht nur durch politische Phantasien von links und rechts, sondern er wird auch durch die großen wirtschaftlichen Organisationen, die eine viel größere Macht zu erlangen suchen, als im alten Deutschland. (Beifall rechts: Welche denn?) Ich verheie darunter nicht nur die Verbände der Unternehmer, sondern die Gewerkschaften.

(Lebhaftes Geklör. Links.) Aufgabe der Demokratie ist, diese Putschierung zu verhindern, den neuen Staatsbegriff zu schaffen und zu verteidigen nach rechts und links. Im früheren Staat war

das Beamtentum eine der stärksten Stützen. Es ist kein Wunder, daß auch das Beamtentum von der Schwächung des Staatsbegriffes ergriffen worden ist. Der Beamtenstand wird es infolge ihrer starken Stellung im alten Staat naturgemäß schwerer, in dem neuen Staat aufzugehen, der ihr ganz andere Aufgaben stellt. Die Regierung hat nichts getan und wird nichts tun, um der Beamtenstand den Übergang schwerer zu machen, aber sie muß verlangen, daß die Beamten nicht nur auf dem Boden der Tatsachen steht, sondern sich in diesem Boden wurzelt. An noch eine muß sich der Beamte gewöhnen: daß in diesen Beamtenstand Körper auch aus anderen Berufsarten hereinkommen, vorausgesetzt, daß sie die Fähigkeit für einen neuen Beruf mitbringen. Ich bin nicht bange, daß das Beamtentum in dem Verhältnis mit diesen Leuten nicht bestehen könnte.

Für die Daseinsfähigkeit eines Volk nur sachlich und sachlich handeln. Ein Staat ohne Form, ohne Symbole, ist kein Staat. Wir sind dabei, diese neuen Symbole zu schaffen. Sie sind nicht unter Kennenkonvention und haben entstehen werden. Sie kommen aus einer anderen Welt des Wiedererlebens; aber gerade, weil sie aus diesem Kleid geboren sind, wird das Volk sie um so härter festhalten.

Den Abstreifenden empfehle ich, daß sie genau den selben Schritt, wie die früher Abstreifenden den alten Symbolen entgegenbrachten, den neuen entgegenbringen, und wir erwarten, daß Sie nach rechts, die Sie national sein wollen, im Kampfe gegen diese Symbole niemals den Blick auf das Ausland verlieren. Innerpolitisch handelt es sich bei uns heute darum, ein neues Staats- und Nationalbewußtsein aufzubauen, zu pflegen und wachen zu lassen. Das einzige, was uns nach dem Zusammenbruch noch geblieben ist, ist das Reich. Können wir den staatsrechtlichen Begriff des Reiches mit sozialem Verantwortungsbegriff, mit republikanischem Machtbewußtsein und mit demokratischem Nationalbewußtsein, dann werden wir das sein, was wir sein müssen und sein werden: Nach außen eine Nation und nach innen ein Volk.

Der Bericht über die Aussprache befindet sich auf Seite 2.

Keine Revision der Verträge in Genua.

London, 3. April. Am Unterhaus erklärte Lloyd George in einer Rede: Wenn der Vertrauensantrag abgelehnt werde, müßte Großbritannien in Genua durch eine andere Delegation vertreten werden. Eine Versammlung, wie die Genueser, könnte die Revision der bestehenden Verträge nicht erwägen, selbst wenn man annehme, daß die Revision wünschenswert sei. (Z. L. B.)

Lloyd George behauptete, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation verursacht. (1) Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so werde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verlagert.

Lloyd George fuhr fort: Wenn wir auf Zahlungen verzichten, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschritten, so würden wir die Krise beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt bleiben würde. Zweitens ist zu erwägen, daß Deutschlands ökonomische Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso, wie das übrige Europa, auf die Erholung von der Erschöpfung durch den Krieg hofft. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrag nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Dänemark, Ungarn, Rußland und die Roteuropa vertreten sind, nicht unterbreitet werden. (Z. L. B.)

Italiens Zurückhaltung.
(Signer Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rom, 3. April. Der italienische Minister des Auswärtigen Schanzer hat in der Kammer erklärt, er halte es nicht für opportun, eine Debatte zur Abgabe programmatischer Erklärungen der Regierung über die Konferenz von Genua herbeizuführen. Die allgemeinen Richtlinien der italieni-

sehen Politik seien bekannt. Er habe dies zur Kenntnis und klar dargelegt und bitte daher, von einer Antragstellung, die zu einer solchen Debatte führen könnte, Abstand zu nehmen. Die Kammer stimmte dem Minister zu.

Abreise des Reichskanzlers nach Genua.

Berlin, 3. April. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der Reichskanzler am Mittwoch abend Berlin verläßt und sich nach einem kurzen Aufenthalt in Frankfurt a. M., wo er der Eröffnung der dortigen Messe beizuwohnen gedenkt, nach Genua begeben werde. Begleitet werde ihn wahrscheinlich der Professor der Reichsregierung Ministerialdirektor Müller. Am Sonnabend wird dann die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Rathenau die Reise nach Genua antreten.

Berlin, 3. April. Am Auswärtigen Amt fand heute unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Rathenau und unter Beteiligung der zuständigen Ressorts die erste Aussprache mit den für die Konferenz von Genua von der Reichsregierung bestimmten Sachverständigen statt. Der Minister dankte ihnen für ihre Mitwirkung, gab eine Uebersicht über die Vorgeschichte der Genueser Konferenz und skizzierte die Gegenstände, die voranschreitend dort zur Erörterung kommen würden. Auf Vorschlag des Ministers werden drei Unterkommissionen der Sachverständigen gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen befassen und alsbald ihre Beratungen im Auswärtigen Amt und im Reichsministerium beginnen werden.

Polen als Vormund Danzigs in Genua.
Warschau, 3. April. Die polnische Regierung hat den Senat der freien Stadt Danzig eingeladen, an den Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland, sowie der Schweiz über den Abschluß von Handelsverträgen teilzunehmen und die Wünsche bezüglich der Genueser Konferenz vorzutragen. (Z. L. B.)

Neue Schicksalsstunde für Oberschlesien.

In Genua hat das oberhalbliche Trauerspiel, in den Höfen der Reparationsfrage leider viel zu wenig beachtet, eine neue verhängende Wendung genommen. Noch selbst allerdings Sachverständige und Uebersetzer Seite an Seite zu dem neuen, in den Kritiken fast vollendetem Vertragswerk, das, so wird heute schon wiedererwähnt getagt, dem Umfang des Versailler Vertrages nicht nachsteht, sondern seinen Geist vermutlich auch nicht; denn noch über den Versailler Vertrauensbruch hinausgehend, hat man aus politischem Maß gegen alle wirtschaftliche Vernunft den Pakt durch den lebendigen Wirtschaftskriegismus gezogen, der auch die umfangreichste Paragrafenliste nicht überleben kann, selbst wenn der ehrliche Wille dazu vorhanden wäre. Von Polen die wirtschaftliche Vernunft vorauszusetzen, die Frankreich, sein Lehmschiff, in Versailles zum unermesslichen Schaden der ganzen Welt so schmachvoll an die Wand gedrückt hat, ist für Kenner der polnischen Verfassungskunst schon ein Urding, und wenn auch der deutsche Verhandlungsleiter Dr. Schiffer dem polnischen Verhandlungsleiter überreiche Vorüberlegenheiten gezeigt hat, so ist er jetzt schon enttäuscht worden, denn der letzte polnische Vorstoß in der Liquidationsfrage hat die Grundlagen des ganzen, in monatelanger mühevoller Arbeit aufgebauten Abkommens erschüttert. Es war gewiß der einzig richtige Schritt, daß Dr. Schiffer den polnischen Vorstoß mit seiner plötzlichen Abreise beantwortete, aber so ganz überredend brauchte diese plötzliche Stellungnahme der Polen den deutschen Unterhändlern nicht zu kommen; denn Polen hat in der Liquidationsfrage, um die es sich jetzt einzig und allein handelt, denselben Standpunkt bereits eingenommen, als der Genfer Unrechtspruch gefällt wurde. Wir haben noch vor Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen im November vorigen Jahres an dieser Stelle auf eine Aeußerung der Wächter Zeitung „Kypopolita“ hingewiesen, nach der damals bereits die Zuständigkeit der Liquidationsfrage, nach der die Entscheidung von Industrieanlagen und Grundbesitzwerken auf die Dauer von 15 Jahren verboten sein soll, verneint wurde, da der Artikel 92 des Versailler Vertrages Polen das Recht der Entziehung jeglichen deutschen Besitzes gegen Entschädigung zugesichert habe. Das Wort schloß diese Auslassung mit dem auch jetzt wieder vorgetragenen Gedanken: „Der Versailler Vertrag kann nicht, aber er kann den Versailler Vertrag nicht abändern.“

Es ist gewiß schwer, sich ein Bild von dem Gang der deutsch-polnischen Verhandlungen zu machen; denn was der deutsche Offizieller darüber berichtet — von anderer Seite war überhaupt nichts zu erfahren — ist über von Optimismus. Die Verhandlungen nahmen fast einen „glänzenden Fortgang“, es wurden bei der vorläufigen Haltung der polnischen Delegation immer mehr Einigungen erzielt — noch heute wissen wir allerdings nicht, in welcher Weise die für die deutsche Politik eventuelle verhängnisvolle Marknahmungsfrage in Oberschlesien mit der Nischenfrage des „Voges im Osten“ geregelt wurde — kurz, alles war in bester Ordnung, bis die Abreise Schiffers wie eine Bombe wirkte. Was es zutreffend sein, hat die polnische Delegation verständlich mitarbeitete, die Polen sind stets in papierernen Angelegenheiten wie im früheren Vertragsbruch recht großzügig gewesen, die Entziehung in zweifellos nicht ohne erhebliche deutsche Angelegenheiten zu hande gekommen, und vielleicht sind derzeitige Angelegenheiten mit einem gewissen Recht besonders mit Rücksicht darauf gemacht worden, in der für die deutsche Industrie grundlegenden Liquidationsfrage ein über das Genfer Diktat hinausgehendes Entgegenkommen zu finden; denn selbst die Ablehnung des polnischen Liquidationsantrages für die Uebergangzeit von 15 Jahren muß die Uebernahme der deutschen Industrie lahmlegen. Niemand wird Verbesserungen und Erweiterungen der Verträge vornehmen, niemand auf lange Sicht Wirtschaftspolitik treiben, ein Raubbau an den Betrieben und Grundbesitz der polnischen Wirtschaftswelt, verhindert werden. Vergebens verfrachten die Polen diese Frage als völlig bedeutungslos hinzustellen, da sie nur eine Preisfrage darstellt. Denn zweifellos sind Argumente wie die, daß Polen an der Liquidation des kleinen Besitzes kein Interesse habe, die Entziehung des Großbesitzes aber dem polnischen Staat finanziell unmöglich sei, vollkommen bedeutungslos. Wir erfahren es täglich in Polen und Preußen, daß jeder ländliche Grundbesitz über 400 Hektar — natürlich nur der deutsche — enteignet werden kann und wird, daß hierbei laut abschließender Anordnung trotz der Horen Bestimmungen von Versailles nur die Hälfte des Ankaufspreises der Grundstücke bezahlt und dieser Betrag zusammen eines Landfonds noch um 5 bis 10 Prozent gekürzt wird. Aber auch diese Restsumme wird zu einem bestimmten Prozentsatz noch in staatlicher Grundrente bezahlt! Nur ein Narr